

## Protokoll der

### 4. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 10. Dezember 2008

im OZL

---

<b>Anwesend</b>	52 Stimmberechtigte
<b>Mitglieder Gemeinderat</b>	François Sandoz, Gemeindepräsident Hans Peter Isenschmid Lucien Monnerat Hansjörg Känel
<b>Protokoll</b>	Yvonne Kilcher
<b>Gäste</b>	Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin Nicole Künzi, Verwaltungsangestellte Max Auer, Technischer Dienst
<b>Presse</b>	Herr Rolf Zenklusen, BaZ
<b>Abwesend</b>	Adrian Busslinger, Gemeinderat
<b>Dauer</b>	<b>19.30 – 23.50 Uhr</b>

---

#### Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler/-innen
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008
3. Finanzplan
4. Festsetzen der Steuern und Gebühren
5. Genehmigung folgender Investitionskredite:
  - 5.1 Leitungssanierung/Kanalfernsehen Fr. 20'000.--
  - 5.2 Eindolung Flühbach Fr. 40'000.--
  - 5.3 Drainageleitungen Fr. 35'000.--
  - 5.4 Teilrevision Zonenplan Fr. 50'000.--
  - 5.5 Fussweg Leimenstrasse Fr. 50'000.--

10. Dezember 2008

6. Teilrevision DGO – Anhang 2 – Festsetzen der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen
7. Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2009
8. Verschiedenes

**29 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung  
Wahl der Stimmezähler**

François Sandoz eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Anwesenden. Er hält fest, dass die Einladungen rechtzeitig publiziert wurden und dass die Unterlagen zu den Traktanden auf der Verwaltung bereit lagen oder von der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden konnten.

Er begrüsst als Vertreter der Basler Zeitung Rolf Zenklusen, stellt die Mitglieder des Gemeinderates, die Gemeindeverwalterin, die Sachbearbeiterin und die Protokollführerin sowie die Vertreter des Technischen Dienstes vor und entschuldigt Gemeinderat Adrian Buslinger, der wegen Krankheit nicht teilnehmen kann.

Auf François Sandoz Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmezähler:

linke Seite und Gemeinderatstisch, René Walser

rechte Seite, Roland Schermesser

**Es werden 52 Stimmberechtigte gezählt.**

François Sandoz legt die Traktandenliste vor und fragt in die Runde, ob Änderungen gewünscht werden.

**Die Traktandenliste wird wie vorgelegt einstimmig genehmigt.**

**30 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung  
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008**

Das Protokoll lag während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme auf oder konnte über das Internet unter [www.baettwil.ch](http://www.baettwil.ch) abgerufen werden.

Da keiner der Stimmberechtigten Fragen zum Protokoll stellt, lässt François Sandoz abstimmen.

**Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008 wird einstimmig bei 4 Enthaltungen genehmigt.**

### Traktandum 3 Finanzplan

Einleitend gibt François Sandoz einen Überblick über die Laufende Rechnung 2008. Bereits bekannt seien folgende Abweichungen vom Budget, welche François Sandoz auch begründet.

- Mehrausgaben Sozialkosten Nachzahlung 2007, Fr. 90'000, Beitragssatz pro Kopf nachträglich erhöht,
  - Mehrausgaben Nachzahlung IV-Beiträge, Fr. 25'000,
  - Mindereinnahmen Grundstückgewinnsteuer, Fr. 150'000, Umzonung Eichacker verzögert,
  - Rückzahlung Bauverwaltung 2007, Fr. 40'000, nach Verhandlung mit Hofstetten,
  - Rückzahlung VÖSB-Gelder, Fr. 40'000, Rückzahlung von 2/3 der einbezahlten Gelder.
- Daraus resultiere eine Verschlechterung der Laufenden Rechnung von Fr. 185'000. Der Nettoerlös aus dem Verkauf der Krone von Fr. 720'000 sei massgeblich für das positive Ergebnis, welches jetzt auf zwischen Fr. 50'000 und 150'000 geschätzt werden könne.

Lilly Tagni möchte wissen, wieso der Erlös aus dem Verkauf der Krone nur Fr. 720'000 betrage, sie habe gedacht, das werde eine Million sein.

François Sandoz erklärt, dass vom erzielten Verkaufspreis der Restbuchwert von Fr. 600'000 abgezogen werden müsse.

Verena Leuenberger fragt nach den Gründen für Fr. 90'000 Mehrkosten bei den Sozialausgaben.

François Sandoz führt aus, wie einfach der Kanton es habe, den Beitragssatz pro Kopf zu erhöhen. Wenn man bemerke, dass die Beiträge der Gemeinden nicht ausreichend seien, würde der Beitragssatz durch Regierungsratsbeschluss sogar rückwirkend angepasst. Mit demselben Regierungsratsbeschluss sei auch der Beitragssatz für 2009 auf Fr. 230 pro Einwohner erhöht worden.

François Sandoz berichtet der Gemeindeversammlung, wie der Gemeinderat bei der Erstellung des Finanzplans vorgegangen und von welchen Fakten, Umständen, Annahmen und Abhängigkeiten er ausgegangen sei. Alles sei auch mit der FIKO, welche Fragen gestellt und Vorschläge eingebracht habe, besprochen worden. Gemeinsam hätte man einen ganzen Morgen mit Kantonsvertretern die Situation diskutiert. Diese haben Empfehlungen abgegeben, jedoch auch kein Geld bringen können. Es sei zwar ein schwacher Trost, aber man betrachte Bättwil beim Kanton nicht als Sanierungsfall.

Bei der Präsentation des Finanzplanes zeigt Lucien Monnerat als erstes auf, mit welchen allgemeinen Vorgaben der Gemeinderat gerechnet hat.

Verena Leuenberger wirft die Frage auf, wieso der Gemeinderat von 134 % Steuerfuss und einer Einwohnersteigerung ausgegangen sei. Sie ist der Meinung, wenn es für die Gemeinde gut laufe, steige die Einwohnerzahl gar nicht an. Durch einen Anstieg ergebe sich automatisch auch eine Steigerung aller Aufwendungen wie zum Beispiel für Wasser, Abwasser, Strassenreinigung.

Lucien Monnerat erklärt, der Gemeinderat müsste für den Finanzplan gewisse Annahmen treffen und habe gut durchdacht, wieso er von welchen Zahlen ausgehe.

François Sandoz weist darauf hin, dass es jetzt darum gehe, die Sicht des Gemeinderates aufzuzeigen. Das Ergebnis werde noch erläutert, andere Meinungen könnten gerne bei der Diskussion über den Steuerfuss eingebracht werden.

Zum Investitionsplan leitet Lucien Monnerat mit einem Hinweis darauf ein, dass viele Wünsche, manchmal auch Befehle, vom Kanton, von Zweckverbänden und Kommissionen kommen würden. Der vorliegende Investitionsplan enthalte nur das absolute Muss, alles andere habe man weggelassen.

Dieter Kury interveniert, bei den Zahlen würden die Investitionen für zwei Feuerwehrfahrzeuge fehlen.

François Sandoz räumt ein, diese habe der Gemeinderat leider vergessen, sie werden natürlich in den Finanzplan aufgenommen.

Nach Anregung von Thomas Kötter erklärt François Sandoz, dass die Vorfinanzierung von Fr. 400'000 die noch nicht bebaute Seite des Apfelweges betreffe. Die Perimeterbeiträge würden erhoben, wenn dieses Gebiet Bauland sei.

Von zwei Votanten bemerkte vermeintliche Rechenfehler werden von François Sandoz aufgeklärt; da nicht alles auf einer Folie Platz hatte, wurde zweigeteilt. Am Ende der 2. Seite stimme die Berechnung.

Simon Schüpbach möchte Auskunft darüber, was denn an Leitungen saniert werden müsse.

Dazu führt François Sandoz aus, es sei sehr schwierig, auf dieser Ebene hieb- und stichfeste Zahlen zu erhalten. Auch wenn es eigentlich logisch wäre, dass die Leitungen in der Hauptstrasse dann erneuert würden, wenn der Kanton diese saniere, möchte der Gemeinderat – falls der Zustand der Leitungen es zulasse – die Sanierung nicht einfach zeitgleich mit den Strassenarbeiten des Kantons ausführen, sondern erst dann, wenn es wirklich notwendig sei. Deshalb habe der Gemeinderat das Büro Vorburger beauftragt, die Leitungen systematisch zu prüfen und eine nach Alter und Zustand der Leitungen bereinigte Version des GWP zu unterbreiten. Der Gemeinderat möchte lediglich alle zwei Jahre ein grösseres Stück sanieren und eine Reserve belassen für Arbeiten, welche unverzüglich ausgeführt werden sollten.

Simon Schüpbach erachtet die Kosten für diese Sanierungen als generell sehr hoch.

Zu den 10-Jahres-Prognosen über die Laufende Rechnung erläutert Lucien Monnerat, dass diese besonders schwierig zu erstellen seien. Vieles sei vorgegeben, beim Sachaufwand könne nur wenig eingespart werden, Abschreibungen und Passivzinsen seien relativ hoch, auch hier könne nur wenig verändert werden. Bei den Entschädigungen und Beiträgen stehe man mit gebundenen Händen da, diese würden vom Kanton oder von Zweckverbänden bestimmt, man habe kurzfristig nur wenig Einfluss.

Thomas Kötter bittet um Erklärung des grossen Rückgangs beim Personalaufwand von 2008 auf 2009.

François Sandoz nennt dafür folgende Gründe: Zum einen handle es sich um den Sondereffekt, der durch den neuen Vertrag mit Hofstetten über die Bauverwaltung ausgelöst werde, zum anderen um Reduktion der Stellenprozente beim Technischen Dienst und auf der Verwaltung. Im 2009 werde Jörg Schermesser pensioniert, man wolle die bewilligten 250 % für den Technischen Dienst nicht ausschöpfen, sondern mit 200 % und nötigenfalls zusätzlichen Einsätzen auf Stundenbasis operieren. Auf der Verwaltung habe man keine Auszubildende

mehr und bei Frau Schneiter sei eine Reduktion der Stunden geplant. Zudem habe man mit Nicole Künzi lediglich einen Einjahresvertrag, sodass allenfalls weitere Einsparungen möglich seien. Auch wird weiter geprüft, ob man gewisse Dienstleistungen gemeinsam mit anderen Gemeinden erbringen könne.

Hans Georg Leuenberger dankt für die Sparbemühungen und möchte beantragen, dass die Gemeindeverwalterin anders entlohnt wird, da die FIKO einen Teil ihrer Aufgaben übernommen habe.

Thomas Kötter entgegnet, es sei nicht Aufgabe der FIKO, die Arbeit der Verwalterin zu machen, die FIKO sei zur Unterstützung des Gemeinderates zum Beispiel beteiligt beim Budgetprozess, habe dieses aber nicht mit verabschiedet. Auch der Antrag zum Steuersatz sei nicht der Antrag der FIKO.

Die Aufgaben der FIKO seien im Pflichtenheft festgehalten und enthielten keine Arbeiten der Finanzverwaltung, also auch keine Entlastung von Frau Steccanella.

Verena Leuenberger wirft ein, die Verwalterin sei doch für die Beratung angestellt, also sei das ihre Aufgabe.

François Sandoz erinnert daran, dass man aktuell beim Finanzplan sei, später käme man zu Änderungen der DGO. Die Gemeindeangestellten lägen in der Verantwortung des Gemeinderates und nicht in der Kompetenz der Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat arbeite an der Sache und ziehe auch Vergleiche mit anderen Gemeinden. Aber die FIKO erledige nicht die Arbeit von Frau Steccanella.

Thomas Kötter moniert, die Stellenprozente lägen doch in der Kompetenz der Gemeindeversammlung, und François Sandoz erwidert, dies sei zwar richtig, jedoch sei die Aufteilung Sache des Gemeinderates.

Hans Georg Leuenberger möchte wissen, ob man die Stellenprozente noch weiter kürzen könne, wenn der Vertrag mit Nicole Künzi nicht weitergeführt werde.

François Sandoz bejaht.

Lucien Monnerat erläutert die geplanten Einnahmen. Bei den Steuern habe man ohne entsprechenden Beschluss mit 134 % gerechnet. Seltsam sei es schon, dass der Kanton einerseits den Gemeinden Nachrechnungen stelle, andererseits die Steuern senke. Eine weitere Senkung sei für 2012 geplant. Zumindest gebe es ab 2009 einen deutlich besseren Subventionsgrad bei den Lehrerlöhnen.

René Walser fragt nach, wieso wir im 2009 keinen Finanzausgleich erhalten, ab 2010 jedoch Fr. 20'000, dann Fr. 50'000.

François Sandoz antwortet, laut Prognose sei 2009 das letzte Jahr, in dem die Gemeinde in den Finanzausgleich einzahlen müsse, danach werde sie Beträge erhalten.

Lucien Monnerat führt weiter aus, nach Ertragsüberschüssen durch Landverkäufe komme es ab 2012 zu einem Durchhänger, danach wieder zu Überschüssen. Ohne die Grundstücksverkäufe würden die Ergebnisse durchwegs negativ.

Verena Leuenberger will wissen, um welche drei Grundstücke es sich handle – Rütthofstrasse, Rebenstrasse, Eichacker – und fragt nach Beantwortung direkt nach, ob die Gemeindeversammlung denn schon darüber befunden habe.

François Sandoz erinnert daran, dass die Suche nach Käufern bereits von der Gemeindeversammlung bewilligt wurde. Das weitere Vorgehen entspreche der Gemeindeordnung.

Verena Leuenberger ruft die Versammlung auf, darüber nachzudenken, es gehe nicht um uns, sondern um unsere Kinder und Kindeskinde. Nirgendwo könne dann mehr ein Gebäude gestellt werden.

François Sandoz stellt fest, dass auch diese Gedanken in die Planung eingeflossen seien, das Thema jedoch nicht heute behandelt werde.

Max Kilcher fragt nach dem sprunghaften Anstieg der Vermögenserträge auf Fr. 220'000 im 2008, danach seien diese Erträge wieder konstant bei Fr. 58'000.

Der Gemeinderat kann dies nicht sofort erklären, François Sandoz hat die Frage notiert und wird darauf zurückkommen.

Manfred Erb gibt zu Bedenken, wenn man mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen rechne, stiegen natürlich sämtliche Beiträge, welche pro Einwohner erhoben werden. Also solle man sich Gedanken machen über das gewünschte Wachstum.

Lucien Monnerat erklärt, die Entwicklung der Einwohnerzahlen sei immer eine dreischneidige Angelegenheit. Natürlich bräuchten mehr Einwohner auch mehr Steuergelder, mehr Kinder bedeuteten jedoch auch höhere Bildungskosten, seien jedoch viele ältere Menschen in der Einwohnerschaft, stiegen andere Kosten wie z.B. Spitex an.

François Sandoz ergänzt, wenn Bättwil im Vergleich zu den anderen beteiligten Gemeinden nur ein bisschen weniger wachse, würden auf die Einwohnerzahl bezogenen Beiträge sinken. Wichtig sei es, dass Bättwil nicht zu schnell wachse, sonst wären wir mit einer enormen Kostensteigerung konfrontiert. Eine Zunahme um 100 Einwohner entspräche heute weniger als 10 %, im Vergleich zu früher sei die Entwicklung bedeutend flacher.

Lucien Monnerat kommt auf die Entwicklung von Aufwand und Ertrag zu sprechen, welche ohne die Verkäufe sehr wacklig wäre, wie eine separate Tabellenzeile auf der Folie zeigt.

Als letzten Teil der 10-Jahres-Planung legt Lucien Monnerat die Planbilanz auf. Hier falle auf, dass relativ viel Geld in den Spezialfinanzierungen stecke. Die entsprechenden Investitionen würden ab dem nächsten Jahr separat ausgewiesen und so auch transparenter. Der Gemeinderat habe sich abgesichert und diese Zahlen dem Amt für Gemeinden zur Prüfung vorgelegt.

François Sandoz ergänzt, die Gemeinde habe lange Jahre zu wenig abgeschrieben und für die Spezialfinanzierungen keinen Zins bezahlt, was einer Quersubvention gleichkomme. Dies könne jedoch nicht rückwirkend korrigiert werden, weshalb man nun nach Empfehlung des Amtes für Gemeinden vorgehe.

Der Finanzierungsfehlbetrag solle abnehmen, resp. es solle keinen mehr geben.

## **Traktandum 4 Festsetzen der Steuern und Gebühren**

### **Ausgangslage**

Durch die für 2008 beschlossene Steuererhöhung um 10 auf 130 % konnte ein Voranschlag für 2008 vorgelegt werden, welcher einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 450'000.-- vorsah. Zur Erinnerung: Die Rechnung 2007 hat mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 844'000.-- abgeschlossen und per Ende 2007 betrug der Bilanzfehlbetrag der Gemeinde Fr. 671'000.--. Nun wurde, im Hinblick auf die Budgetierung 09, die aktuelle Situation bei der laufenden Rechnung 2008 geprüft und eine Prognose für den Abschluss der Rechnung gemacht. Diese Überprüfung und Prognose hat ergeben, dass mit einem um ca. Fr. 150'000.-- höheren Aufwandüberschuss als budgetiert zu rechnen ist.

Dieses Ergebnis ist hauptsächlich auf tiefere Steuereinnahmen im Bereich Grundstückgewinnsteuer (- Fr. 150'000.--) und höhere Sozialkosten (+ Fr. 100'000.--) zurückzuführen. Auf der Einnahmenseite soll im Wesentlichen das Budget eingehalten werden können und es ist mit einmaligen, nicht budgetierten Einnahmen (Rückerstattung Bauverwaltung, Rückerstattung Beiträge VÖSB) von ca. Fr. 80'000.-- zu rechnen.

Dank dem Verkauf der Liegenschaft Krone ergibt sich zusätzlich ein einmaliger Sonderertrag von Netto Fr. 720'000.-- was dazu führt, dass die Rechnung 2008 schlussendlich mit einem Ertragsüberschuss von ca. Fr. 100 bis Fr. 150'000.-- abschliessen sollte.

### **Aussichten**

Nachdem bereits 2008 diverse Sparmassnahmen eingeleitet wurden, wurde das Budget 2009 nochmals genauer geprüft und weitere Massnahmen zur Kostensenkung beschlossen, welche anlässlich der Gemeindeversammlung detailliert erläutert werden. Weiter hat der Gemeinderat die Investitionen auf ein Minimum reduziert. Nur noch absolut notwendige oder vorgeschriebene Investitionen sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Gemäss Finanzplan sollen die eingeleiteten Kurskorrekturen zusammen mit der geplanten Weiterentwicklung der Gemeinde sowie der Realisierung von Synergien mit den umliegenden Gemeinden, mittelfristig, eine deutliche Verbesserung der Situation bewirken. Allerdings ist es dadurch nicht möglich, kurzfristig, bereits 2009 oder 2010, die Einnahmen und Ausgaben anzugleichen. Laut Voranschlag würde bei einem unveränderten Steuerfuss von 130 % einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 400'000.-- resultieren.

Auch muss hier erwähnt werden, dass die laufende Erhöhung der Pflichtausgaben durch den Kanton (z.B. öffentlicher Verkehr, Sozialleistungen, usw.) immer wieder dazu führt, dass die Sparanstrengungen kompensiert werden.

### **Schlussfolgerung**

Aufgrund der obigen Aufführungen sind weitere Massnahmen auf der Einnahmenseite unabdingbar, um die Reduktion des Bilanzfehlbetrages und der Verschuldung zu erreichen. Zu diesem Zweck schlägt der Gemeinderat vor, einerseits eine massvolle Erhöhung des Steuerfusses vorzunehmen und andererseits die sich in der Bauzone befindenden Grundstücke schrittweise zu verkaufen.

**Somit beantragt der Gemeinderat gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen folgende Steuerfüsse und Gebühren gutzuheissen:**

- 1. Gemeindesteuern für natürliche Personen neu 134 % (bisher 130 %)**
- 2. Gemeindesteuern für juristische Personen unverändert bei 130 % belassen**
- 3. Abfallgebühren unverändert belassen**

François Sandoz fasst anhand einer Präsentation zusammen, wieso der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss auf 134 % zu erhöhen. Grundsätzlich sollten mit den Steuereinnahmen laufende Kosten abgedeckt, der Bilanzfehlbetrag abgetragen und eine Reserve für besondere Projekte/Investitionen gebildet werden. Dabei solle die Attraktivität der Gemeinde im Verhältnis zur regionalen Situation erhalten bleiben und Kontinuität gewahrt werden. Auch solle die Steuerbelastung für die Bevölkerung annehm- und nachvollziehbar sein.

Um die Rechnung ausgeglichen zu gestalten, wäre sogar ein Steuerfuss von 138 % nötig. Mit 130 % erhöhten sich Bilanzfehlbetrag und Verschuldung laufend. Auf Empfehlung des Kantons sollten die Gebühren tief bleiben, bis das Vermögen der Spezialfinanzierung reduziert sei, dafür solle der Steuerfuss massvoll angehoben werden. Man wolle die neue Situation während 2-3 Jahren beobachten und die Rechnung weiter verbessern. Eine weitere Erhöhung des Steuersatzes solle durch den Verkauf von Grundstücken vermieden werden. Auch sollten die Steuern für Unternehmen attraktiv gestaltet werden, um wenn möglich neue Steuereinnahmen zu generieren.

Auf Bitte von Thomas Kötter erklärt François Sandoz das Holdingprivileg. Im Kanton Solothurn sei es möglich, für Holdinggesellschaften einen tiefen Holdingsteuersatz anzusetzen, was dazu führen könnte, dass die eine oder andere Gesellschaft ihr Steuerdomizil nach Bättwil verlege. So käme die Gemeinde zu zusätzlichen Steuereinnahmen.

Thomas Kötter fragt nach, wie sicher der Gemeinderat sei, dass diese Zahlen standhielten, wie es ab 2010 mit den Sparmassnahmen aussehe und ob weitere Massnahmen vorgesehen seien.

François Sandoz erwidert, wie es weitergehe, werde man nach dem Ausgang der Abstimmung über den Steuerfuss sehen. Werde der Antrag des Gemeinderates abgelehnt, müssten zusätzliche Massnahmen, wie zum Beispiel die Kündigung von Verträgen geprüft werden. Er nennt als Beispiele die Bauverwaltung, die Kündigungsfrist betrage ein Jahr, und den MUSOL mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren. Hier seien die Kosten auch weit höher als früher. Auch werde es keine weiteren Projekte mehr geben können.

Thomas Kötter nennt als Stichwort den „Wunsch der Bevölkerung“; beim letzten Mal sei doch klar geworden, dass keine weitere Steuererhöhung gewünscht werde, Sparmassnahmen seien per sofort gefordert worden. Was nun daraus geworden sei?

François Sandoz möchte aufzeigen, dass doch bereits einiges realisiert werden konnte. 80 % der Kosten seien fest, auch die Personalkosten könnten nicht sofort beeinflusst werden, Fristen und Kontinuität müssten gewahrt werden. Dass es jetzt nicht aufgehe, habe zum Grossteil der Kanton verursacht. Er nennt als Beispiele den 7-Minuten-Takt beim ö.V. oder die Verdoppelung der Sozialkosten durch die SOREG.

Lilly Tagni stellt die Frage, wie man denn Holdinggesellschaften anziehen wolle, wo doch die Bauvorschriften in der Industriezone so eng gesehen würden.

Verena Leuenberger meint, einerseits wolle man den Steuerfuss auf 134 % erhöhen und andererseits Bättwil für Neuzuzüger attraktiv gestalten. Dabei stünden doch jetzt schon viele Gebäude, wie die Häuser am Bahngleise, leer.

François Sandoz erwidert, man müsse auch mit anderen Gemeinden im Kanton vergleichen, und wagt zu bezweifeln, dass die Attraktivität alleine am Steuerfuss liege.

René Walser hat die Preise für die leerstehenden Häuser am Bahngleis. Zuerst seien sie für Fr. 720'000, dann für Fr. 660'000 ausgeschrieben gewesen. Sobald der Preis noch etwas sinke, würden die Häuser sicher verkauft.

Urs Stöcklin möchte wissen, wie die Gemeinde sich gegen den Beitrag an die Sanierung der Strasse wehren könne. Er frage sich auch, wie solche Sachen entschieden würden, ob da ein Regierungsrat durchfahre und meine, nun müsse man sanieren.

François Sandoz sagt, es gebe schon Möglichkeiten, sich zu wehren, die Gemeinde sei beim U-Abo für OZL-Schüler erfolgreich gewesen.

Hansjörg Känel ergänzt, über Sanierungsprogramme werde im Kantonsrat abgestimmt. Wenn wir die Kosten dafür nicht aufbringen könnten, müssten wir die von uns gewählten Parlamentarier mobilisieren. Oft würde Projekten auch bei kantonalen Abstimmungen zugestimmt und danach würden wir uns über die entstehenden Kosten ärgern.

François Sandoz meint, auch der Verband der Einwohnergemeinden biete Möglichkeiten zur Einflussnahme. Leider seien hier auch Olten, Solothurn und andere dabei, welche ihren Steuerfuss auf 110 % hielten, dafür aber jeweils für Maximalbeiträge plädieren würden.

Jörg Schermesser ist auch nicht einverstanden mit einer Erhöhung; in den Gemeinden werde gestrichen und gedämpft, bei der Schule (Lehrerlöhne + 2,7 %) und beim Sozialwesen stiegen die Kosten laufend an. Man solle auch einmal von aussen her etwas unternehmen, nicht immer nur von der Gemeinde her mehr bezahlen.

François Sandoz hat das Thema an der Delegiertenversammlung des OZL angeschnitten. Er sei nicht sehr erfolgreich gewesen mit der Frage, wieso das OZL keinen Einfluss ausübe auf die Lohnverhandlungen der Regierung mit den Verbänden. Aus lauter Spardruck müsse den eigenen Angestellten weniger bezahlt werden, auf der anderen Seite werde bei den Lehrern mit einer anderen Elle gemessen. Dies sei eine schwierige Situation für eine einzelne Gemeinde.

Hans Georg Leuenberger führte vor einem Jahr bereits ein Gespräch mit Herrn Steiner. Es sei gut, dass man das jetzt auch mache. Damals habe Herr Steiner empfohlen, wir sollten doch einmal vorsorglich alle Verträge, mit denen wir gebunden seien, kündigen und neu aushandeln.

Auch habe er die Steuerfüsse im Kanton verglichen. Im 2008 seien 110 Gemeinden tiefer, obwohl Bättwil bei den höchsten Pro-Kopf-Einkommen liege. Er sei enttäuscht, dass trotz 134 % kein ausgeglichenes Budget präsentiert werde.

#### **Das Eintreten auf Traktandum 4 – Festsetzen der Steuern und Gebühren – wird einstimmig beschlossen.**

François Sandoz erklärt, wieso die Gebühren für Wasser- und Abwasser jetzt nicht erhöht werden. Zuerst solle das Geld aufgebraucht werden, das wir noch in der Kasse der Spezialfinanzierung haben.

René Walser findet es beschämend, dass so wenige Leute da sind.

Verena Leuenberger ist der Meinung, in erster Linie zähle doch bei Wasser und Abwasser das Verursacherprinzip, erst danach die Steuern.

Dieter Kury fragt, ob man nicht, wenn doch Vermögen in der Kasse der Spezialfinanzierung sei, dieses durch Leitungssanierungen abbauen könne.

Thomas Kötter erklärt, der einzige Weg, die Überschüsse abzubauen – auch nach Empfehlung des Kantons – sei der Abbau durch zu niedrige Gebühren. Lediglich die Abschreibungen aus den Spezialfinanzierungen flössen in die Rechnung ein.

Hansiörg Känel hat errechnet, wenn Wasser und Abwasser kostendeckend sein sollten, müsste man statt Fr. 1.10 pro m<sup>3</sup> 1.70 verlangen. Unser Wasser sei also ca. 40 % zu billig. Die vorgeschriebenen Zinsen von 3,5 % auf das Vermögen der Spezialfinanzierung würden natürlich die Gemeindekasse belasten.

Hans Georg Leuenberger möchte sich vergewissern, dass dieses Vorgehen wirklich keine Belastung sei, bis das Vermögen aufgebraucht sei?

François Sandoz antwortet auf die Frage von Dieter Küry, eine grössere Sanierung sei im Moment nicht nötig, die Netze seien in relativ gutem Zustand.

Hans Roderer meint, wenn man das Budget anschau, müsse doch Geld da sein. Er sei gegen eine Erhöhung von 14 % innerhalb eines Jahres. Neue Einwohner sollten jetzt nicht bestraft werden.

François Sandoz liegt es fern, jemanden zu bestrafen. Vergleiche mit anderen Gemeinden würden zeigen, dass nicht nur Bättwil in dieser Lage ist. Auch ein Steuerfuss von 134 % reiche noch nicht aus, um auf eine schwarze Zahl zu kommen, ohne etwas zu verkaufen. Zweimal in einem Jahr, sei nicht ganz richtig ausgedrückt, da es sich um 2008 und 2009 handelt.

Lilly Tagni erinnert daran, dass man damals Land im Zielacker und in der Rebenstrasse verkauft habe, um die Krone kaufen zu können. Nun sei die Krone verkauft und man wolle trotzdem noch weiter Land verkaufen.

Thomas Kötter ist auch gegen eine erneute Erhöhung, selbst diese würde offensichtlich immer noch nicht ausreichen. Sofortmassnahmen seien beschlossen worden. Der Schlüssel liege nicht auf der Steuerseite, sondern bei mehr Einsparungen.

Verena Leuenberger möchte wissen, was der Umzug in den Birkenhof gekostet habe.

François Sandoz antwortet, die Abrechnung sei noch nicht definitiv erstellt, die Kosten lägen jedoch rund Fr. 20'000 unter dem budgetierten Betrag.

Er ergänzt, auch die Wasserleitung sei um rund Fr. 40'000 günstiger zu stehen gekommen als budgetiert.

Am Problem, dass man in der Vergangenheit Geld ausgegeben habe ohne die entsprechenden Abschreibungen zu tätigen, könne er im Moment nichts ändern.

Thomas Kötter stellt fest, man müsse analysieren, wieso diese Defizite entstanden sind und reagieren.

François Sandoz führt aus, es sei nicht alles so einfach, steige man beispielsweise aus dem Zweckverband aus, wohin würden dann unsere Kinder in die Schule gehen, eine Kündigung des MUSOL würde bedeuten, dass wir es wieder selber machen müssten. Das komme nicht alles billiger zu stehen.

Er erinnert auch daran, dass vor einem Jahr die Gemeindeversammlung verboten hatte, Rückzahlungsforderungen an die Bauverwaltung Hofstetten zu richten.

Urs Stöcklin verweist auf den anwesenden Vertreter der BaZ und möchte erwähnen, wenn man irgendwo nicht mitmache, werde man sehr schnell schlechtgemacht, wie der kürzlich erschienene Artikel zum Sportplatz zeige.

Urs Bussmann regt an, alle müssten überlegen, was man eigentlich wolle. Klar sei, keiner wolle mehr Steuern. Er erinnert an die Gemeindeversammlung mit Witterswil und daran, wie toll die ganzen Feuerwehrmänner mitgearbeitet hätten. Leider sei das Geld, das man durch die Zusammenlegung eingespart habe, gleich wieder für den Mittagstisch ausgegeben worden.

Er wäre auch mit einem Steuerfuss von 150 % einverstanden gewesen, wenn dies zu einer ausgeglichenen Rechnung führen würde. Nun solle man mutig werden, bei den Zweckverbänden vorsprechen, er stelle sich zum Kommissionsstundensatz von Fr. 26.90 gerne beratend zur Verfügung und würde mitgehen.

François Sandoz stellt fest, dass Einiges unternommen werden müsse, wenn die 134 % nicht bewilligt würden, dies in kleinen Schritten und massvoll.

Thomas Kötter wirft ein, genau über dieses Mass wolle er reden. Er habe die Entwicklung der pro Kopf Kosten in Bättwil und anderen Gemeinden analysiert. Es gehe in die richtige Richtung, ob auch schnell genug, würden wir in 5 Jahren sehen. Die Kosten zu senken, bedeute auch weniger Service. In Bereichen, welche wir selber beeinflussen könnten, seien wir mit den Kosten immer noch über dem Durchschnitt. Wo Potenzial sei, müssten die Kosten weiter reduziert werden. Beim Votum zum Bäramsle-Blatt anlässlich der Gemeindeversammlung in Witterswil habe er eine positive Stimmung für Bättwil gesehen, wieso also solle man nicht eine Fusion ins Auge fassen, die ergäbe viel Potenzial. Er schlage vor, die Meinung der Bevölkerung über eine Fusion einzuholen, wie viele im Saal wären jetzt dafür und wie viele dagegen.

Manfred Erb sah bei der Zusammenlegung der Feuerwehr, dass noch mehr Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei, und schliesst daraus, als nächster Schritt sollte die Fusion folgen.

François Sandoz bemerkt, Fusionieren sei wie Heiraten, man müsse dafür zu Zweit sein.

Thomas Kötter entgegnet, auch beim Heiraten müsse einer den Mut haben, den Antrag zu machen.

Monika Bernhard gibt zu Bedenken, dass eine Fusion auch Arbeitslose schaffe.

Rosemarie Willumat erinnert daran, dass man zum Abstimmen über die Steuern hier sei.

Walter Brunner möchte jetzt über den Steuersatz abstimmen und bei Ablehnung der 134 % das Budget zurückweisen.

Reto Haag denkt, man müsse jetzt langfristig planen, um die Finanzen auf die Reihe zu bekommen. 4 % seien ein schmerzlicher Eingriff, aber wir müssten Bereitschaft signalisieren.

Thomas Kötter stellt fest, 4 % entsprächen Mehreinnahmen von ca. Fr. 100'000 und fragt, ob das wirklich ein Signal sei. Man sähe eher den 4 % Aufschlag als die Wirkung.

Hans Georg Leuenberger möchte zum Thema Fusion erwähnen, dass am kürzlich von seiner Partei organisierten Abend in Mariastein mit den beiden Regierungsräten auch gesagt wurde, dass der Kanton ein Kässeli für diesen Zweck habe.

François Sandoz möchte zur Abstimmung kommen, hält jedoch noch fest, mit einem Defizit von Fr. 400'000 sei eine Fusion nicht zu bewerkstelligen.

**Der Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss für natürliche Personen neu auf 134 % festzusetzen, den Steuerfuss für juristische Personen unverändert bei 130 % und die Abfallgebühren unverändert zu belassen, wird mit 6 Ja- und 41 Neinstimmen abgelehnt.**

**Der Folgeantrag, den Steuerfuss für natürliche Personen wie bisher auf 130 % zu belassen wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.**

**Der Folgeantrag, den Steuerfuss für juristische Personen unverändert bei 130 % und die Abfallgebühren unverändert zu belassen wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.**

## **Traktandum 5 Genehmigung folgender Investitionskredite**

**Einstimmig wird Eintreten auf Traktandum 5 beschlossen.**

Urs Bussmann regt an, man solle es grundsätzlich immer gleich machen und die Bruttobeträge nehmen.

### **5.1 Leitungssanierung/Kanalfernsehen**

Die Kanalfernsehaufnahmen für die Gemeinde Bättwil sind abgeschlossen. Mit dem Betrag von Fr. 20'000.-- soll nun das Sanierungsprogramm für eventuelle neue Mängel und das Kanalinformationssystem (KIS) auf den aktuellen Stand gebracht und nötige Kanalsanierungen ausgeführt werden.

Die Bruttokosten für die Leitungssanierung/Kanalfernsehen belaufen sich auf Fr. 20'000.--.

Hansjörg Känel erklärt, bei den Kanalfernsehaufnahmen seien diverse Schäden ersichtlich geworden. Die nun auszuführenden Arbeiten dienen der Erhaltung des Systems.

Auf Rückfragen von Urs Bussmann und Walter Brunner erläutert Hansjörg Känel, Subventionen werde es nicht geben und der Betrag von Fr. 20'000 werde für die Sanierung gebraucht, die Kanalfernsehaufnahmen seien bereits abgeschlossen.

**Der Investitionskredit von Fr. 20'000.-- für die bei den Kanalfernsehaufnahmen entdeckten notwendigen Leitungssanierungen wird einstimmig bei zwei Enthaltungen bewilligt.**

François Sandoz erklärt, dass Punkt 5.2 und 5.5 zusammen erläutert würden, da es sich um ein einziges Projekt des Kantons handle.

### **5.2 Eindolung Flühbach**

Beim Kanal Flühbach handelt es sich um einen rechteckigen Kanal, bei welchem die Decke in einem sehr schlechten Zustand und daher sanierungsbedürftig ist. Die Tragsicherheit ist nicht mehr gegeben, daher muss dringend die Decke saniert werden. Die Sanierung soll gleichzeitig mit dem Ausbau Talstrasse-Leimenstrasse erfolgen.

Die Nettokosten für die Eindolung Flühbach belaufen sich auf Fr. 40'000.--.

### **5.5 Fussweg Leimenstrasse**

Die Bruttokosten für den Strassen- und Trottoirausbau Talstrasse-Leimenstrasse durch den Kanton betragen Fr. 800'000.--. 70 % (Fr. 560'000.--) für die Gemeinde Hofstetten-Flüh und 30 % (Fr. 240'000.--) für die Gemeinde Bättwil.

An diesen Fr. 240'000.-- hat sich die Gemeinde mit 20.03 % zu beteiligen. Die Gesamtbeteiligungsnettokosten betragen somit Fr. 48'100.--. Für das Jahr 2009 müssen vorerst Fr. 36'000.-- ins Budget aufgenommen werden. Der Restbetrag von Fr. 12'100.-- soll zu einem späteren Zeitpunkt ins Budget aufgenommen werden.

Die Nettokosten für den Fussweg Leimenstrasse belaufen sich auf Fr. 50'000.--. Für das Jahr 2009 sollen Fr. 36'000.-- ins Budget aufgenommen werden.

Hanspeter Isenschmid gibt einen Überblick über das Projekt.

Urs Stöcklin möchte wissen, ob die Franzosen betreffend Kostenbeteiligung angefragt wurden, denn diese würden ja am meisten vom Projekt profitieren.

Lilly Tagni denkt, dass Bättwil hier bezahlen muss, obwohl kaum ein Einwohner von Bättwil diesen Weg benützt.

Alfred Gschwind fragt, ob denn alles bis zum Brüggli eingedolt werde.

Hanspeter Isenschmid zeigt auf der Karte, um welches Stück es sich handelt.

Hand Georg Leuenberger erkundigt sich, ob das Projekt zurückgestellt werden kann.

François Sandoz meint, man müsste beim Kanton anfragen, ob man ein Jahr später bezahlen könne, bezweifelt aber, dass der Kanton sich dadurch von seinem Plan abhalten lässt.

Verena Leuenberger fragt, ob wir im Falle einer Rückstellung etwas verlieren würden.

François Sandoz antwortet, dass bei Verzögerungen mit einer gewissen Teuerung gerechnet werden müsse. Auch werde der Gemeinderat das Projekt im Sommer wieder vorlegen müssen, wenn es jetzt abgelehnt würde.

Urs Stöcklin gibt zu bedenken, dass aus dem eingedolten Bach kein Notwasser mehr entnommen werden könne, und fragt, ob dies denn kein Grund für eine Einsprache beim Kanton gewesen wäre.

Max Kilcher möchte wissen, an welche Firmen die Arbeiten vergeben würden.

Hanspeter Isenschmid antwortet, es gebe das normale Submissionsverfahren.

Hans Roderer beantragt das Geschäft zu verschieben und nochmals mit dem Kanton darüber zu verhandeln.

Es wird über die beiden Geschäft abgestimmt.

**Der Investitionskredit von Fr. 40'000.- für die Eindolung des Flühbachs wird mit 27 Ja- und 11 Neinstimmen bei 7 Enthaltungen bewilligt.**

**Der Investitionskredit von Fr. 36'000.- (Budget 2009, später Fr. 12'100.-) für den Fussweg Leimenstrasse wird mit 22 Ja- und 18 Neinstimmen bei 8 Enthaltungen bewilligt.**

François Sandoz versichert, dass der Gemeinderat noch mit dem Kanton sprechen und auch die Frage der Notwasserentnahme ansprechen werde.

### 5.3 Drainageleitungen

Im Zusammenhang mit der Durchführung der Güterregulierung wurden im Winter 2006-2007 die Drainageleitungen im ganzen Gebiet der Güterregulierung im Auftrag der Flurgenossenschaft repariert und saniert.

Zu Beginn der Güterregulierung wurde zwischen Gemeinde und Flurgenossenschaft vereinbart, dass die Kosten, welche nicht subventioniert werden, zu Lasten der Gemeinde gehen sollen.

Die Drainageleitungen wurden in den Jahren 1920-1930 erstellt, seitdem nur sehr wenig unterhalten. Die Kosten für den Unterhalt gehen zu Lasten der Gemeinde, welche dazu verpflichtet ist.

Aufgrund der gleichzeitigen Durchführung mit der Güterregulierung konnte ein hoher Subventionierungsgrad durch Bund und Kanton von 70 % erzielt werden. Die restlichen 30 % muss nun die Gemeinde übernehmen.

Die Nettokosten für die Drainageleitungen, welche die Gemeinde übernehmen muss, belaufen sich auf Fr. 35'000.--.

François Sandoz erachtet es als etwas unschön, dass die Arbeiten bereits ausgeführt seien.

Lilly Tagni fragt nach, um welches Gebiet von Bättwil es gehe.

Alfred Gschwind erklärt, es sei sämtliches Land bis an die Grenze zur Bauzone, welches von der Güterregulierung betroffen war. Die Arbeiten seien noch nicht ganz beendet, es komme noch etwas nach.

Hans Georg Leuenbergers Frage nach einer allfälligen Vorfinanzierung wird beantwortet.

Max Auer erklärt, wo überall die Drainage saniert wurde. Es fehle jetzt noch ein kleines Stück beim Kronenhof.

Verena Leuenberger möchte wissen, wieso denn die Kosten nicht auf zwei Jahre gesplittet würden.

François Sandoz stellt fest, durch Splitten entstünden keine Einsparungen.

**Der Investitionskredit von Fr. 35'000.- für die Drainageleitungen wird mit 37 Ja- und 5 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen bewilligt.**

#### **5.4 Teilrevision Zonenplan**

Der heute gültige Zonenplan wurde 1998 in Kraft gesetzt und ist somit bereits 10 Jahre alt. Gemäss Raumplanungsgesetz ist ein Zonenplan regelmässig, mindestens alle 10 Jahre, zu überprüfen und wenn nötig zu revidieren.

Im Sommer dieses Jahres hat weiter das Verwaltungsgericht in Zusammenhang mit der Behandlung einer Klage von Grundeigentümern aus dem Gebiet Grienacker (OeBA Zone) verfügt, dass Bättwil eine Revision des Zonenplanes durchführen muss und im Rahmen dieses Verfahrens eine Lösung für die OeBA Zone finden soll.

Schliesslich hat das Amt für Raumplanung bei der Vorprüfung der Einzonung und Baulandumlegung im Eichacker die Durchführung einer Revision des Zonenplanes für das Siedlungsgebiet verlangt. Auch können im Rahmen der nun geplanten Teilrevision die weiteren OeBa Parzellen, welche nicht mehr benötigt werden (Krone und Rebenstrasse), wieder in die Bauzone eingezont werden.

Die Bruttokosten für die Teilrevision des Zonenplanes belaufen sich auf Fr. 50'000.--.

François Sandoz erläutert ausführlich die Notwendigkeit der geplanten Teilrevision des Zonenplans.

Verena Leuenberger bittet die Versammlung im Zusammenhang mit der OeBA-Zone Grienacker erneut, an die Kinder zu denken.

Stephan Hilber erachtet die Kosten in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde als sehr hoch.

François Sandoz bestätigt, natürlich werde man versuchen, soweit wie möglich unter dem Betrag zu bleiben, dies hänge jedoch auch von der Entwicklung, zum Beispiel der Anzahl Einsprachen ab. Mit einem Kredit habe man zumindest eine Limite.

Hans Georg Leuenberger fragt nach der Strategie bezüglich Grienacker.

François Sandoz erläutert, jetzt müsse zurück- oder umgezont werden. Wenn keine schlaue- re Lösung gefunden werde, sei nichts mehr zu machen. Diese Frage solle aber hier nicht weiter diskutiert werden, sondern zuerst mit den Beteiligten.

**Der Investitionskredit von Fr. 50'000.- für die Teilrevision des Zonenplans wird mit 37 Ja- und 4 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen bewilligt.**

**Traktandum 6 Teilrevision DGO – Anhang 2 – Festsetzen der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen**

Im Rahmen der Überprüfung von den Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde hat der Gemeinderat beschlossen, das Fixum für Kommissionspräsidenten sowie für die Feuerwehrfunktionen aufzuheben und die Entschädigungen nur noch auf Basis der Abrechnung der effektiven Arbeitsstunden auszuzahlen.

Diese Änderung wurde bereits im Bereich Feuerwehr durch die Genehmigung anlässlich der gemeinsamen Gemeindeversammlung vom 19.11.08 der Besoldungsregelung genehmigt. Mit dieser Änderung soll sichergestellt werden, dass die Kosten der Kommissionen dem effektiven Arbeitsaufwand entsprechen. Diese Massnahme ist auch sinnvoll, nachdem in letzter Zeit diverse Kommissionen entfallen sind oder ihre Aufgaben reduziert bzw. angepasst wurden, ohne dass das Fixum angepasst wurde.

Weiter wurde in Anhang 2 der DGO die Definition der separat verrechenbaren Tätigkeiten der Bauverwaltung präzisiert. Somit soll eine verursachergerechte Weiterverrechnung von besonderen Aufwendungen einfacher und klarer werden.

Der revidierte Anhang 2 kann bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

François Sandoz gibt noch bekannt, dass im 2009 eine Gesamtrevision der DGO geplant ist.

**Die vom Gemeinderat beantragte Änderung des Anhangs 2 der DGO wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.**

**Traktandum 7 Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2009**

Der Gesamtvoranschlag für 2009 konnte bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

**Mit 32 Ja-, 2 Neinstimmen und 4 Enthaltungen wird Eintreten auf das Traktandum beschlossen.**

Lucien Monnerat präsentiert die wichtigsten Veränderungen gegenüber 2008 auf Folien.

Regula Steccanella verliest die einzelnen Subtotale des Voranschlags, Fragen können laufend gestellt werden.

Lilly Tagni möchte Auskunft über die hohen Kosten beim Wahlmaterial. Es werde doch kaum mehr etwas gedruckt.

Regula Steccanella antwortet, es handle sich unter anderem um die Stimmrechtsausweise.

Hans Georg Leuenberger fragt nach, wieso die Aufwendungen für Steuern so hoch – 13 % in der Kuchendarstellung – seien, die Arbeit werde doch jetzt in Solothurn gemacht.

Regula Steccanella erwähnt die Kosten von Fr. 37'000, welche der Gemeinde für diese Arbeiten belastet werden.

Urs Bussmann weiss, dass es sich beim hohen Betrag um Zinsen von rund Fr. 300'000 und Abschreibungen von rund Fr. 500'000 handelt.

Dieter Kury fragt, wieso die Kosten für die Schulanlagen soviel höher werden.

François Sandoz antwortet, der Zinssatz sei angepasst worden, was im Gegenzug auch zu Mehreinnahmen führe.

Edmond Bernard möchte Auskunft über die Spielgruppe im Birkenhof, diese sei doch eingemietet.

François Sandoz erklärt, die Miete werde dem Schulkreis gutgeschrieben, da die Kosten für dieses Gebäude (Kindergarten) dem Schulkreis belastet würden. Auf Rückfrage führt François Sandoz weiter aus, die Miete werde von der Spielgruppenleiterin bezahlt. Diese erhalte die Beiträge von den Eltern und nicht von der Gemeinde.

Edmond Bernard erachtet die Miete von 800 Franken pro Jahr als ausgesprochen günstig.

Ruth Salathé erhält auf ihre Frage nach dem Verbleib der Musikschule die Antwort, diese sei immer noch im selben Gebäude untergebracht.

Lilly Tagni möchte wissen, was unter den Fr. 10'000, Birkenhof Besoldung zu verstehen sei. Dies seien die Reinigungskosten für den ganzen Gebäudekomplex.

Heike Brechbühl fragt nach dem Budgetposten von Fr. 9'000 für die Dorfzeitung. François Sandoz antwortet, dass der Gemeinderat eventuell zur Einsicht gekommen sei, das Baeramsle-Blatt wieder zu publizieren.

Lilly Tagni zieht die Notwendigkeit der Bepflanzung der Strasseninsel Benkenstrasse in Zweifel. Gras säen sei günstiger.

10. Dezember 2008

François Sandoz erklärt, der Aufwandüberschuss werde wegen der Ablehnung der Erhöhung des Steuersatzes auf 134 % um Fr. 100'000 höher und betrage neu Fr. 375'545.--.

Heike Brechbühl regt an, man könnte die zu erwartenden Grundstücksgewinnsteuern im 2009 vorsehen, da eine Baulandumlegung anstehe.

François Sandoz erklärt, dass bei diesem Budgetposten vorsichtig budgetiert worden sei. Die Baulandumlegung sei zwar im Jahr 2009 geplant, es könne aber noch nicht abgesehen werden, wie viele Grundstücke im Jahr 2009 verkauft und bereits bebaut werden können.

Lilly Tagni bittet um Erklärung des Postens Interne Verrechnung TD unter Friedhof. Dies sei die Umlegung der Kosten für Arbeiten des Technischen Dienstes. Der Betrag sei auf Seite 13 als Einnahme gegen gebucht.

Es wird über den Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2009 abgestimmt.

Der Voranschlag Laufende Rechnung schliesst unter Berücksichtigung des Steuerfusses von 130 % mit einem Aufwand von Fr. 6'418'925.--, einem Ertrag von Fr. 6'043'380.-- und einem Aufwandüberschuss von Fr. 375'545.--. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen von Fr. 235'000.--.

**Der Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung für 2009 wird mit 20 Ja-, 8 Neinstimmen und 7 Enthaltungen genehmigt.**

## Traktandum 8 - Verschiedenes

Walter Brunner hatte vor einem Jahr angeregt, dass bei den Parkplätzen in der Kirchgasse etwas unternommen werde. Er habe noch keine Veränderung festgestellt.

Hanspeter Isenschmid berichtet, er habe mit Herrn Laffer gesprochen, die Polizei habe bereits mehrfach gebüsst. Eine Tafel, dass die Plätze für Kirchenbesucher reserviert seien, sei nicht möglich. Wir hätten für unsere Gemeindegrösse so schon zu wenige Parkplätze zur Verfügung.

François Sandoz ergänzt, man habe auch die Grundeigentümer angeschrieben, der Erfolg sei noch nicht ganz ersichtlich. Im Hinblick auf die Kosten/Nutzen erachte der Gemeinderat dieses Problem als nicht vordringlich.

Urs Stöckli möchte Aufklärung über die Praxis bei der Abfallentsorgung. Er sehe in derselben Ecke der Gemeinde jeweils die Lastwagen von verschiedenen Entsorgern.

Walter Brunner klärt als ehemaliges Mitglied der Natur- und Umweltschutzkommission auf: Wer jetzt noch einen anderen Entsorger habe als Saxer, habe einen privaten Vertrag abgeschlossen, so in der Gewerbezone.

Dieter Küry regt an, in diesem Jahr der Zusammenarbeit mit Witterswil abzusprechen, wer den Fussweg nach Witterswil räume.

Urs Stöckli möchte wissen, was beim Doppelspurausbau der BLT zwischen Ettingen und Flüh mit dem Schulweg geschehe.

Manfred Erb erklärt die Sachlage. Die BLT werde zuerst auf die betroffenen Leute zugehen, erst danach werde die Allgemeinheit informiert.

Stephan Hilber findet Gefallen an schönen Christbäumen, derjenige vor der Kirche sei wirklich nicht mehr zeitgemäss, vielleicht lasse sich hier ein Sponsor finden.

Thomas Kötter erkundigt sich nach den Fortschritten beim Kabelfernsehen.

François Sandoz berichtet, die Cablecom habe beschlossen, das Netz nicht zu verkaufen sondern selber auszubauen. Die Cablecom sei eingeladen worden, am Ammännertreffen ihre Pläne zu erläutern, habe aber mit der Begründung abgesagt, man sei noch nicht so weit.

Thomas Kötter möchte wissen, wieso das Protokoll immer noch von Yvonne Kilcher geführt werde und nicht vom Verwaltungspersonal.

François Sandoz antwortet, das sei für 2008 so vorgesehen gewesen und heute das letzte Mal.

Um 23.50 Uhr schliesst François Sandoz die Versammlung und wünscht allen noch Anwesenden eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

F. Sandoz

Y. Kilcher